

Begrüßungsrede
Hans Peter Wollseifer
Vorstandsvorsitzender des IKK e.V.
Gesundheit trifft Zirkus
12. Juni 2024, Bar jeder Vernunft

*Sehr geehrter Herr Staatssekretär Franke
sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundestages,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gesundheitswesen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,*

gemeinsam mit meinem Vorstandskollegen Hans-Jürgen Müller sowie dem gesamten Team des IKK e.V. heiße ich Sie herzlich in der Bar jeder Vernunft willkommen. Wir freuen uns sehr, dass wir hier zum 15. Mal zusammenkommen, um miteinander einen besonderen Abend zu verbringen, uns beim kulturellen Programm heute in die Welt der Flaschen – ja, Sie haben richtig gehört! - entführen zu lassen und anschließend miteinander ins Gespräch zu kommen.

Liebe Gäste,

wir merken es auch an den früh-sommerlichen Temperaturen: Wir befinden uns kurz vor der Sommerpause. Die Terminkalender der kommenden Wochen lichten sich langsam. Das ist nach den ereignisreichen und arbeitsamen vergangenen Monaten auch gut so.

Aber wir gehen auch mit gemischten Gefühlen in die Sommerpause. Sei es, weil die Bundesregierung ihre Hausaufgaben in Sachen gerechte und nachhaltige Finanzierung der GKV nicht gemacht hat – hierzu später mehr – oder weil die Ergebnisse der Europawahlen vom vergangenen Wochenende wie ein Menetekel wirken im Hinblick auf die anstehenden Landtagswahlen im September.

Was ist los in Deutschland? Haben wir unseren Mut oder die Energie verloren, Probleme anzugehen und Lösungen zu finden? Wo auf dem Weg des politischen Prozesses ist der Kontakt zu einer nicht geringen Zahl an Mitbürgern abgebrochen? Wo sind Toleranz, Offenheit und Selbstvertrauen abgeblieben?

Mag sein, dass die Fußball-Europameisterschaft uns wieder beflügeln wird. Das wäre natürlich wünschenswert, kann aber nicht ausreichend sein. Nein, denn wir müssen unsere Hausaufgaben machen! Das sage ich in Richtung der Politik ebenso wie in Richtung der sozialen und gemeinsamen Selbstverwaltung und mit Blick auf die wachsame und verteidigungsbereite demokratische Mehrheit in unserem Land.

Meine Damen und Herren,

knapp ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl ist ein guter Zeitpunkt für ein erstes Resümee der gesundheitspolitischen Gesetzgebung der aktuellen Legislaturperiode.

Auch wenn am laufenden Band das Wort „Reformstau“ in den Medien fällt und auch wir mit kritischen Anmerkungen auf das „halb leere Glas“ nicht gegeizt haben, hat die Ampelkoalition und Minister Lauterbach doch auch einige ihrer Projekte und Gesetze durchaus erfolgreich implementiert. Insgesamt sind unter seiner Führung bis heute 21 Gesetze in Kraft getreten, mehr als ein Dutzend weitere sind teilweise schon im

Gesetzgebungsverfahren oder sind für die nächsten Tage bzw. „in Kürze“ angekündigt, wie es häufig aus dem BMG heißt.

Bei Initiativen, die zu einer wirklichen Verbesserung der Versorgung führen, kann sich das BMG unserer Unterstützung sicher sein. Das Gesundheitsdatennutzungsgesetz werten wir zum Beispiel als einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung für eine bessere Versorgungssteuerung. Zusammen mit dem Digital-Gesetz macht es unserer Ansicht die Gesundheitsdaten auch gerade durch die Krankenkassen erstmals nutzbar.

Liebe Gäste,

uns eint mit Bundesgesundheitsminister Lauterbach die Kenntnis vom dringenden Handlungsbedarf insbesondere bei den großen Themen Digitalisierung, Finanzierung und Strukturreformen im ambulanten sowie stationären Bereich. Nicht nur die GKV, auch die Versicherten erwarten Strukturreformen. Das hat unsere forsa-Umfrage im letzten Jahr ergeben.

Aber wir sind über die politischen Ergebnisse, über die zum Teil fehlgeleiteten Entscheidungen aus dem BMG oder über die ausbleibenden Umsetzungen aus dem Koalitionsvertrag, inzwischen schon mehr als desillusioniert.

Meine verehrten Damen und Herren,

vor allem zwei Kernthemen bereiten uns weiterhin große Sorgen. An erster Stelle ist das Dauerthema für uns als gesetzliche Krankenversicherung, die nachhaltige und stabile Finanzierung des Gesundheitssystems.

Lag die Prognose des GKV-Schätzerkreises im letzten Jahr noch bei einem Defizit in Höhe von 3,2 Milliarden Euro, sieht der GKV-Spitzenverband für 2024 aktuell eine Finanzierungslücke von bis zu 7 Milliarden Euro.

Hier spiegelt sich wider, dass auf die GKV zusätzliche Ausgaben in Milliardenhöhe zukommen, insbesondere durch das Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz mit der geplanten Vergütungsreform für den hausärztlichen Bereich – Stichwort Entbudgetierung. Aber auch die zurzeit von den Ländern noch blockierte Krankenhausstrukturreform mit dem Transformationsfonds zum Umbau der Krankenhauslandschaft lässt nichts Gutes für die Finanzen der GKV erwarten.

Umso unbegreiflicher ist für uns, dass auch in dieser Legislaturperiode die so dringend von der GKV geforderte nachhaltige Finanzreform nicht angestoßen wurde. Das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz brachte nur eine kurzfristige Linderung der Symptome und das überwiegend auf Kosten der Beitragszahlenden, also der Versicherten und Arbeitgebenden.

Mit den ursprünglich für den 31. Mai 2023 vorgesehenen, dann erst im Januar 2024 veröffentlichten „Empfehlungen für eine stabile, verlässliche und solidarische Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung“ wurde die Umsetzung dieser Maßnahmen auf „wirtschaftlich bessere Zeiten“ vertagt. Das heißt: Nicht mehr in dieser Legislaturperiode!

Die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Maßnahmen, wie die Dynamisierung des Bundeszuschusses sowie die Anhebung der Beiträge für Bürgergeldbeziehenden, wurden und werden nicht umgesetzt. Dabei würde beispielsweise eine auskömmliche Finanzierung

der Beiträge für Bürgergeldbeziehende die GKV jährlich um knapp zehn Milliarden Euro entlasten, wie kürzlich ein IGES-Gutachten noch einmal bestätigt hat. Die Subventionierung des Bundeshaushaltes durch die Beitragszahlenden muss hier endlich ein Ende haben und der Staat muss seiner Finanzierungsverantwortung nachkommen!

Wir Innungskrankenkassen beschäftigen uns schon seit Beginn der Legislaturperiode mit einnahme- und ausgabenseitigen Finanzierungskonzepten. Sie basieren auf einem durchdachten System des Ausgleichs versicherungsfremder Leistungen,

- auf Korrekturmöglichkeiten verlorener Prüf- und Steuermöglichkeiten, etwa bei Krankenhausabrechnungen,
- auf der Hebung von Effizienzreserven durch Strukturreformen in der Versorgung sowie
- auf der Abkehr vom alleinigen Lohnkostenmodell zur Verbreitung der Einnahmenbasis und
- auf einer Umwandlung bestehender Genusssteuern in eine Abgabe in Richtung Gesundheitsfonds.

Wer sich für unsere Konzepte interessiert, kann gerne heute Abend auf uns zukommen!

Aber nicht nur die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung liegt uns Innungskrankenkassen am Herzen. Auch das Thema Krankenhausstrukturreform besorgt uns. Die Reform war seit langem überfällig. Nur durch eine echte Strukturreform kann eine wirklich qualitätsorientierte medizinische Versorgung der Patientinnen und Patienten im stationären Bereich gewährleistet werden.

Doch aktuell bleiben viele offene Fragen:

Statt eines wirksamen Strukturumbaus ist nur eine Finanzreform übriggeblieben. Die eigentliche Strukturreform soll erst durch nachgelagerte – und Obacht! – zustimmungspflichtige Rechtsverordnungen erfolgen. So wurde die Reform auch schon mit den Worten „Viel teurer, wenig besser“ seitens des GKV-Spitzenverbandes kommentiert.

Der GKV werden zwar „Minderausgaben“ mit bis zu 1 Milliarde Euro pro Jahr durch diese Reform versprochen, diese Zahlen scheinen jedoch völlig aus der Luft gegriffen. Auch mit diesen „Luftbuchungen“ wird die - verfassungsrechtlich höchst fragwürdige - hälftige Finanzierung des Transformationsfonds mit 25 Milliarden Euro gerechtfertigt. Eine für uns höchst irritierende Rechnung.

Jedoch ist Lauterbachs Reformvorgehen allenthalben ein riskantes Spiel, dessen Ausgang schlussendlich noch ungewiss ist. Denn das Risiko der Verfassungs- bzw. Rechtswidrigkeit droht gleich dreifach: von Seiten der Länder, seitens der GKV sowie der Kassenärztlichen Bundesvereinigung. Insbesondere die Länder können – wie schon beim Krankenhaustransparenzgesetz demonstriert – über den Vermittlungsausschuss das Gesetzgebungsverfahren noch gehörig in die Länge ziehen. Schauen wir mal, was da noch passieren wird.

Meine verehrten Damen und Herren,

Sie sehen an den beiden bisher angesprochenen Kernthemen, dass es an vielen Ecken und Enden in unserem Gesundheitssystem um die Finanzierung geht.

Nun, nicht nur die finanzielle Lage der GKV ist beunruhigend. In den letzten Monaten und vor allem in den letzten Wochen wurde alarmierend die Frage diskutiert, ob, wie und wie lange

die soziale Pflegeversicherung noch finanzierbar sei. Für dieses Jahr wird ein Finanzloch in Höhe von mehr als 1 Milliarde Euro prognostiziert, für 2025 sogar in Höhe von 3 Milliarden Euro.

Auch hier hätte das Bundesgesundheitsministerium schon Empfehlungen für eine stabile und dauerhafte Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung vorlegen sollen. Doch auch diesen Termin hat das BMG verstreichen lassen.

Nach GKV-Berechnungen werden Anfang 2025, also noch vor der Bundestagswahl, die Beiträge weiter steigen müssen und zwar deutlicher als die bisher prognostizierten 0,2 Prozentpunkte. Das heißt im Klartext, ohne grundlegende Reform wird das Problem wieder auf die Beitragszahlenden, die Versicherten und Arbeitgebenden sowie die Pflegebedürftigen geschoben und die Sozialquote wird deutlich über die vertragliche Höhe von 40 % steigen.

Meine verehrten Gäste,

ja, auch wir haben auf der politischen Ebene viel Kritik an den aktuellen gesundheitspolitischen Entscheidungen, an den Ergebnissen und an den entscheidenden Handlungsträgern zu üben. Auch wir sind oft überrascht über den Kurs von Bundesgesundheitsminister Lauterbach vom „Sturm nach vorn“ und dem „Rudern zurück“ oder den angekündigten Jahrhundertreformen und den dann ausbleibenden Schritten. Auch wir hadern mit den finanziellen Belastungen, die stetig auf die GKV abgewälzt werden. Aber gleichzeitig wollen wir uns nicht zurückziehen auf die Rolle der ewigen Kritiker, sondern wollen konstruktiver Ideengeber und Problemlöser sein.

Dass wir es ernst meinen, zeigt, so denke ich, beispielsweise unser Engagement für den gestaffelten Mutterschutz. Im Deutschen Bundestag hat sich eine fraktionsübergreifende Initiative von Abgeordneten gebildet, die sich für eine Reform des Mutterschutzes einsetzt.

Nach jetziger Rechtslage gibt es bei Fehlgeburten für Frauen, die ihr Kind bis zum letzten Tag der 23. Schwangerschaftswoche verlieren, keinen Anspruch auf einen Mutterschutz. Nur 24 Stunden später, also am ersten Tag der 24. Woche, stehen ihnen 18 Wochen Mutterschutz zu.

Wir finden: Diese strikte und medizinisch nicht begründbare, willkürliche Einteilung berücksichtigt nicht angemessen die Situation der Frauen nach dem tragischen Ereignis einer Fehlgeburt. Die Innungskrankenkassen setzen sich deshalb – unter Federführung der IKK Südwest und dem IKK e. V. – zusammen mit der Autorin Natascha Sagorski in einer gemeinsamen Initiative für einen erweiterten Mutterschutz ein.

Im Rahmen eines gemeinsamen Parlamentarischen Abends im März 2024 in Berlin haben wir dargestellt, welche finanziellen Auswirkungen die Einführung des gestaffelten Mutterschutzes auf die Solidargemeinschaft, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie Krankenkassen, haben könnte. Das Ergebnis: Die finanzielle Belastung ist geringer als angenommen! Dies kann also kein Argument gegen die Ausweitung des Mutterschutzes sein, *meine Damen und Herren!*

Die von uns unterstützte Initiative hat Wirkung gezeigt und das in der Vergangenheit oftmals mit einem Tabu belegte Thema wird nun offen diskutiert. Ich meine – und ich weiß, dass ich hier auch im Namen meines Kollegen Hans-Jürgen Müller sprechen kann: Diese Initiative hat unsere und Ihre Unterstützung verdient!

Doch zurück zum eigentlichen Thema. Wir, alle Akteure im Gesundheitswesen, müssen viel stärker gemeinsam an einem Strang ziehen. Daher sprechen wir uns dafür aus,

- dass wir wieder mehr ins Gespräch und den gemeinsamen Austausch kommen – denn hieran hat es etwas bei der Krankenhausreform gefehlt;
- dass wir uns gemeinsam zur Rolle und Funktion der sozialen wie gemeinsamen Selbstverwaltung bekennen und nicht als „Lobbygruppen“ verunglimpft werden;
- dass wir wieder Mut schöpfen, uns auf die wichtigen Dinge und Themen zu konzentrieren, und uns nicht an Detailregelungen abarbeiten;
- dass wir uns gemeinsam im Gesundheitswesen stark machen für Vielfalt, Akzeptanz und Toleranz! Denn hierauf können wir zurecht stolz sein!

Liebe Gäste,

mit diesem Appell möchte ich Sie auch noch einmal im Namen meines Vorstandskollegen und des gesamten Teams des IKK e.V. herzlich willkommen heißen!

Ich freue mich, dass wir heute einen so wunderschönen Früh-Sommerabend haben und bedanke mich schon einmal im Voraus bei dem Team der Bar jeder Vernunft und des IKK e.V. dafür, dass sie uns den passenden Rahmen geben, um Gemeinsamkeiten zu entdecken, Lösungen zu finden und einen angenehmen Abend zu haben.

Aber nun gebe ich die Bühne frei für den Geschäftsführer des IKK e.V., Jürgen Hohnl. Er wird Ihnen einige Worte zum heutigen Programm und zum weiteren Verlauf des Abends sagen, der sicherlich noch viel Gesprächsstoff bieten wird.

Vielen Dank!